



Essay

GRIECHENLAND UND DIE REPUBLIK MAKEDONIEN. TRAUMATISCHE ERINNERUNGEN, GESCHICHTSPOLITIK UND REALPOLITISCHE KOMPROMISSE IM SÜDOSTEUROPA DES KALTEN KRIEGES¹

von *Adamantios Skordos*

Am 8. September 1991 fand in der damals noch zu Jugoslawien gehörenden Teilrepublik Makedonien ein Referendum statt, in dem die Bürger/innen der südlichsten Teilrepublik Jugoslawiens folgende Frage zu beantworten hatten: „Unterstützen Sie einen souveränen und unabhängigen Staat Makedonien, der berechtigt sein wird, einer zukünftigen Vereinigung der souveränen Staaten Jugoslawiens beizutreten?“ Nachdem die Frage mit überwiegender Mehrheit positiv beantwortet worden war, rief die Nationalversammlung des Landes am 17. September 1991 die Souveränitätserklärung bzw. die Staatswerdung der *Republika Makedonija* aus.

In Griechenland war man über diese Entwicklung in der benachbarten Republik alles andere als erfreut. Bereits vor dem Plebiszit hatte der derzeitige griechische Außenminister Antonis Samaras angekündigt, dass Griechenland nicht bereit sei, einen unabhängigen Staat mit dem Namen Makedonien anzuerkennen. Der griechisch-makedonische Namensstreit spitzte sich im Dezember 1991 blitzartig zu, als er von der bilateralen auf die europäische Ebene übertragen wurde: Während die Republik Makedonien ihre Anerkennung von Seiten der Europäischen Gemeinschaft (EG) beantragte, beabsichtigte Griechenland als EG-Mitgliedsstaat dem neu gegründeten Staat einen Namen aufzuzwingen, der den Begriff „Makedonien“ bzw. „makedonisch“ nicht enthalten würde. Ein Mittel dazu war die Androhung, das Veto-Recht innerhalb der Gemeinschaftsgremien anzuwenden, falls die EG die griechischen Anliegen zu diesem „nationalen Thema“ nicht berücksichtigen sollte.

Dennoch konnte man sich in Athen nicht ausschließlich auf die Veto-Strategie verlassen. Neben der Tatsache, dass die Vollstreckung des Veto-Rechts zur völligen Isolierung Griechenlands innerhalb der EG geführt hätte, wäre da immer noch die Gefahr gewesen, dass sich einzelne Mitgliedsstaaten von den Gemeinschaftsbeschlüssen los-trennen und die Republik Makedonien auf eigene Faust anerkannt hätten. Demzufolge war es für Griechenland von größter Bedeutung die „Westeuropäer“ über die griechischen Einwände hinsichtlich der Benennung des nördlichen Nachbarstaates aufzuklären bzw. zu sensibilisieren und somit eine „frühzeitige“ Anerkennung der Republik Makedonien auf der Basis der Überzeugung zu verhindern. Diese Überzeugungsarbeit erfolgte unter anderem mit Hilfe einer Reihe von Memoranden und persönlichen Briefen, die zwischen 1991 und 1994 von der politischen Führung des Landes an die Staatsoberhäupter der elf Mitgliedstaaten gerichtet waren. Insbesondere der damalige griechische Präsident Konstantinos Karamanlis setzte sein hohes Prestige, was er sich über Jahr-

1 Essay zur Quelle: Brief des Präsidenten der griechischen Republik K. Karamanlis an den Ministerpräsidenten Italiens G. Andreotti über die Republik Skopje (21. Januar 1992).

zehnte in Europa erarbeitet hatte, immer dann ein, wenn die Situation zu Gunsten der Republik Makedonien zu kippen schien.²

Anfang 1992 war einer dieser kritischen Momente: Zuerst erklärte am 11. Januar die Badinter-Kommission zur großen Überraschung Griechenlands Makedonien für „anererkennungstauglich“.³ Anschließend folgte die Anerkennung der Republik Makedonien seitens Bulgariens, was noch tiefere Ernüchterung in Griechenland hervorrief. Denn Sofia zählte nicht nur seit Mitte der 1970er Jahre zu den engsten Verbündeten Griechenlands auf dem Balkan, sondern hatte über die vier letzten Jahrzehnte eine ähnliche Makedonienpolitik wie die Athens verfolgt. Und schließlich löste der italienische Außenminister Gianni De Michelis bei den Griechen Gefühle des tiefen Ärgernisses aus, indem er am 16. Januar den Namen des makedonischen Staates für die Sicherheit Griechenlands als „ungefährlich“ bezeichnete und sich gleichzeitig für eine möglichst schnelle bzw. pro-makedonische Lösung zu der Anerkennungsfrage äußerte. In Griechenland interpretierte man die Aussage De Michelis' als einen Bruch mit der seit Beginn der Jugoslawien-Krise beschworenen „europäischen Solidarität“ und befürchtete einen Alleingang Italiens, was die Anerkennung Makedoniens betraf. In dieser für die griechische Diplomatie äußerst ungünstigen Situation sah sich Präsident Karamanlis gezwungen zu handeln und schickte dementsprechend dem italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti ein Schreiben, das Italien die griechische Position im makedonischen Namensstreit „historisch“ erläutern sollte.⁴

Der Brief ist beispielhaft für den dominierenden Einfluss, den Geschichte auf die modernen Gesellschaften Südosteuropas ausübt, aber auch dafür, wie Erinnerung in diesem Teil Europas instrumentalisiert wird, um politische Ziele in der Gegenwart zu legitimieren. Da die Quelle südosteuropäische Geschichte jüngeren Datums in einer ausgesprochen kompakten, jedoch gleichzeitig „verschlüsselten“ Form übermittelt, ist es sinnvoll, die Anhaltspunkte der Argumentation Karamanlis' chronologisch zu ordnen und zu kontextualisieren: Im Oktober 1940 und im Zuge des Zweiten Weltkriegs wurde Griechenland von dem faschistischen Italien angegriffen.⁵ Nachdem die griechischen Streitkräfte die italienische Offensive überraschenderweise abgewehrt hatten, startete Deutschland einige Monate später einen zweiten Angriff, der letztendlich in einer dreifachen militärischen Besatzung Griechenlands endete. Neben den siegreichen deutschen

2 Karamanlis wurde 1907 in einem kleinen Dorf (Kupkoy) des noch osmanischen Makedonien geboren. Nach den Balkankriegen von 1912-1913 kam das Dorf unter griechische Herrschaft und wurde in Proti Serron umbenannt. Zwischen den Jahren 1946 und 1955 diente der konservative Politiker als Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Verteidigungs- und Infrastrukturminister. Nach dem Tod des Premier Papagos 1955 wurde Karamanlis von König Paulos zum neuen Ministerpräsidenten ernannt; eine Position, die er bis 1963 innehatte. Der Fall der Junta-Diktatur im Sommer 1974 brachte Karamanlis als ersten post-diktatorischen Premierminister erneut an die Führungsspitze Griechenlands. Während seiner zweiten Regierungsperiode (1974-1980) gelang es Karamanlis, die Demokratie zu festigen und Griechenland zum Mitglied der EWG zu machen. Karamanlis beschloss seine politische Karriere, indem er zwei Mal als Präsident diente (1980-1985 und 1990-1995). Vgl. dazu Idryma Konstantinos G. Karamanlis: Viografia. In: <http://www.karamanlis-foundation.gr/en/biografiko> (21.1.2007).

3 Die Kommission wurde bereits im August 1991 von der EG ins Leben gerufen. Wichtigste Aufgabe dieser Schiedskommission, deren Gremium sich aus den Vorsitzenden der höchsten Gerichtsinstanzen einzelner EG-Staaten zusammensetzte und unter der Präsidentschaft des Franzosen Robert Badinter tagte, war die Überprüfung der Anerkennungsanträge der Nachfolgestaaten in Osteuropa und auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.

4 Siehe Quelle 1a.

5 Siehe Quelle 1b.

marschierten bulgarische und italienische Truppen ein, die große Teile des griechischen Nordens, also des griechischen Makedonien (auch Ägäis-Makedonien genannt) und Westthrakien, okkupierten.

Die deutsch-italienische Besetzung in den westlichen sowie zentralen makedonischen Gebieten Griechenlands und die bulgarische in den östlichen brachten außer Brutalität und Hunger gleichzeitig Probleme ethnopolitischer Natur mit sich. Zum einen unternahm Bulgarien, das sich mit der durch die Balkankriege erfolgten Aufteilung der Großregion Makedonien keinesfalls zufrieden gegeben hatte⁶, einen Enthellenisierungs- bzw. Bulgarisierungsprozess seines ostmakedonischen und westthrakischen Besatzungssektors. Zum anderen formierte sich ein Teil der slawischsprachigen Minderheit, die vorwiegend im westmakedonischen Griechenland (Florina, Kastoria, Edessa) ansässig war, in militante Gruppierungen „anti-griechischer“ Ausrichtung. Grundsätzlich wurden jene Slawophone entweder in die von der deutsch-italienischen Besatzungsmacht aufgestellte Ochrana (Verteidigung)-Bewegung oder in die später als kommunistischer Gegenpol zur ersteren konzipierten SNOF (Slawomakedonische Volksbefreiungsfront) eingebunden. Auch wenn die Organisationen ideologisch entgegengesetzte Ziele verfolgten, propagierten beide die Lostrennung des ägäischen Makedonien von Griechenland und seinen Anschluss an Bulgarien bzw. Jugoslawien.

Nichtsdestotrotz wurde nach dem graduellen Rückzug der drei Besatzungsmächte aus Griechenland und der Wiederherstellung der griechischen Herrschaft in Ägäis-Makedonien die separatistische Aktivität größtenteils unterbunden. Die Gefahr für Griechenland, seinen Norden zu verlieren, schien gerade überwunden zu sein, als 1946 der Bürgerkrieg zwischen dem kommunistischen und dem royalistisch-bürgerlichen Lager ausbrach. Die Tatsache, dass sich die kommunistische Armee nicht nur aus „ethnischen“ Griechen, sondern auch aus Angehörigen der slawischen Minderheit des griechischen (West-)Makedonien zusammensetzte, fügte dem Bürgerkrieg neben seiner offenkundigen ideologischen Dimension zugleich eine makedonische zu. Denn zahlreiche der so genannten „Slawomakedonier“, die jetzt in den Reihen der Partisanenarmee kämpften, waren schon während der Besatzungsjahre als „bulgarische Faschisten“ der Ochrana, „kommunistische Autonomisten“ der SNOF oder sogar als beides hintereinander aufgefallen.

Hinzu kam ein weiteres Ereignis, das nicht nur einen radikalen Strukturwechsel der seit 1870 bestehenden Makedonienproblematik mit sich brachte, sondern auch zur weiteren Makedonisierung des griechischen Bürgerkriegs beitrug: die Gründung der Föderativen Volksrepublik Makedonien im August 1944, und somit die staatliche Institutionalisierung des Makedonismus. Die Entscheidung des jugoslawischen Führers Josip Broz Tito, aus der serbisch-makedonischen Provinz *Vardarska Banovina* die sechste Teilrepublik der jugoslawischen Föderation ins Leben zu rufen und innerhalb dieser makedonisches *nation-building* zu betreiben, beruhte sowohl auf innen- als auch außenpolitischen Überlegungen. Durch die Förderung einer eigenständigen makedonischen

6 Nach den zwei Balkankriegen von 1912 und 1913 sicherten sich Griechenland und Serbien die größten Teile der Konkursmasse des osmanischen Makedonien. Griechenland erhielt mit 51 Prozent den südlichen und zentral-südlichen Teil Makedoniens, bekannt als das griechische oder ägäische Makedonien, während Serbien mit 38 Prozent die nördlichen und zentral-nördlichen Gebiete Makedoniens für sich beanspruchen konnte (Vardar-Makedonien). Bulgarien dagegen musste sich als Verlierer im zweiten Balkankrieg mit dem Erhalt von Pirin-Makedonien auf 10 Prozent der Gesamtregion beschränken.

Identität sollte primär den pro-bulgarischen Strömungen im jugoslawischen Makedonien Stand gehalten, und somit das Problem des bulgarischen Irredentismus hinsichtlich dieser Region ein für allemal gelöst werden. Außerdem diente die Gründung der makedonischen Volksrepublik der gleichgewichtigen Föderalisierung Jugoslawiens, denn die Lostrennung Vardar-Makedoniens von Serbien bedeutete unter anderem auch die Schwächung der innerhalb des vormals jugoslawischen Königreichs dominierenden Serben.

Zugleich jedoch wurde die Teilrepublik als „makedonischer Hebel“ (Christian Voss) im Dienste der jugoslawischen Expansionsgelüste Richtung griechisches Makedonien instrumentalisiert. Sowohl Belgrad wie Skopje gaben sich nun als Fürsprecher bzw. als „Mutterland“ der slawischsprachigen Bevölkerung des griechischen Makedonien aus. Entsprechend ihrer neuen Rolle forderten sie von dem „monarchofaschistischen“ Athen das Unterlassen jeglicher Repressions- und Vertreibungsmaßnahmen gegen die „makedonische Bevölkerung“ Griechenlands, später dann auch die Abspaltung des ägäischen Makedonien und seinen Anschluss an die makedonische Teilrepublik Jugoslawiens. Nebenbei fungierten Jugoslawien und seine makedonische Republik bis zum Tito-Stalin Bruch im Juni 1948 als größter Munitionslieferant der griechischen Kommunistenarmee sowie als wichtigster Ausbildungs- und Zufluchtsort griechischer und slawomakedonischer Partisanen.

Während sich Tito, die makedonische Führung in Skopje sowie große Teile der slawomakedonischen Minderheit Griechenlands von einem kommunistischen Sieg ein vereinigt Großmakedonien unter jugoslawischer Vorherrschaft versprochen, versuchten die griechischen Kommunisten zwischen den sezessionistischen Vorstellungen ihrer Verbündeten und der „patriotischen“ Linie der Partei zu manövrieren. Obwohl ihnen die über die griechisch-jugoslawische Grenze importierte makedonische Radikalität ein Dorn im Auge war, konnte ihre Führung auf die zahlenstarke Rekrutierung von Slawomakedoniern und die logistische Unterstützung Jugoslawiens nicht verzichten. Innerhalb des bürgerlichen Lagers Griechenlands herrschte wiederum die Perzeption, dass ein Sieg der Kommunisten die „Slawisierung“ Griechenlands und den Verlust der nördlichen Regionen des Landes bedeuten würde. Insbesondere im Norden des Landes, wo sich der Bürgerkrieg vorwiegend abspielte, nahm die militärische Auseinandersetzung mit den Partisanen regelrecht den Charakter eines „nationalen Kampfes um Makedonien“ an.

Der griechische Bürgerkrieg endete im Sommer 1949 mit der Niederlage der kommunistischen Armee in den Gebirgen von Grammos und Vitsi. Infolgedessen flüchteten zwischen 70.000 und 100.000 Kommunisten über die nördlichen Grenzen in die Ostblockstaaten, wobei zwei Drittel griechischsprachige Hellenen und ein Drittel slawophone Bürger aus dem griechischen Makedonien waren. Von dieser Aussiedlungswelle war jedoch nicht die ganze slawischsprachige Minderheit betroffen, sondern vorwiegend diejenigen, die sich aktiv an der „kommunistischen Revolte“ der Jahre 1946-1949 beteiligt hatten. Im griechischen Westmakedonien blieben über 100.000 Slawophone zurück, die in den kommenden Jahrzehnten offiziell als eine „nicht existente Minderheit“ bezeichnet, inoffiziell jedoch als eine wohl existierende Bedrohung für die Sicherheit Griechenlands angesehen wurden. Dementsprechend setzte der griechische Staat deren Hellenisierungsprozess, der schon während der royalistischen Metaxas-Diktatur

(1936-1940) besonders intensiv vorangetrieben und durch die Kriegsjahre unterbrochen wurde, mit großem Nachdruck fort.⁷

Ebenso ausdrücklich wie in der Frage nach der Existenz einer slawischen bzw. slawomakedonischen bzw. makedonischen Minderheit im griechischen Makedonien, bestritt Griechenland die ethnischen und historischen Existenzgrundlagen eines makedonischen Staates mit der dazu gehörigen makedonischen Nation. In diesem Punkt, also des Anti-Makedonismus, stimmte man sogar mit seinem traditionellen Makedoniengegner Bulgarien überein, das nach einer kurzen Periode von Zugeständnissen gegenüber Jugoslawien (1945-1948) ebenfalls die makedonische Nation als ein „künstliches Produkt“, ja als eine „Erfindung Titos“ betrachtete und auf die „von oben“ institutionalisierte Makedonisierung der bulgarischen Volksgenossen in Vardar-Makedonien verwies.

Der griechische Anti-Makedonismus konzentrierte sich vorwiegend auf das Ausland, und insbesondere auf die so genannte „slawokommunistische Propaganda“, die in den USA, in Kanada und in Australien hinsichtlich Makedoniens in Gange war. Ein erster Schritt war die Gründung von Institutionen, die hinter ihrer wissenschaftlichen oder gar sozialen Fassade die griechische Gegenpropaganda bezüglich der Makedonischen Frage einleiteten. Zwei geschichtspolitischen Akteuren, die eng mit Nordgriechenland verbunden waren, nämlich Christoforos Naltsas und Filippos Dragoumis, ist Ende 1952 die Gründung des Instituts für Balkanische Studien (IBS) zuzurechnen. Aufgrund ihrer Bemühungen wurde das IBS ursprünglich durch das griechische Außenministerium ins Leben gerufen, dennoch gleich danach der bereits seit 1939 existierenden Gesellschaft für Makedonische Studien (EMS) als Tochterinstitution bzw. „Filiale“ organisatorisch angegliedert.⁸ Die Mitarbeiter beider Thessalonikier Institutionen übernahmen folgende Aufgaben: die Beobachtung der slawischsprachigen Publikationen über Makedonien und deren Übersetzung ins Griechische; die in- und ausländische Propagierung der Hellenizität der makedonischen Gebiete, ihrer Geschichte, Kultur und Menschen; die gleichzeitige Infragestellung der Existenz einer makedonischen Nation; und nicht zuletzt die Herausbildung bzw. Stärkung einer sowohl stolzen als auch anti-slawisch ausgerichteten griechisch-makedonischen Identität der Bevölkerung Nordgriechenlands.⁹ Dies sollte hauptsächlich durch die systematische Indoktrinierung der

7 Siehe dazu Cheimarios, K., *ypourgeion eksoterikon, A' politiki dieuthynsis, akros aporrison, simeionoma „peri slauofonon dytikis Makedonias“*, 21.5.1963. In: Gennadeios vivliothiki, Archeio Filippou Dragoumis (GV AFD), Dossier 96.11/Nr. 205; vgl. auch die bis heute ausführlichste Darstellung der sprachlichen Assimilierungsversuche, die der griechische Staat nahezu im ganzen 20. Jahrhundert gegenüber der slawischsprachigen Bevölkerung des griechischen Makedonien unternahm, Kostopoulos, Tasos, *I apagoreumeni glossa. Kratiki katastoli ton slavikon dialekton stin elliniki makedonia*. Athen 2002.

8 Zur Gründung des IBS durch das griechische Außenministerium (ausschließlich auf Initiative des derzeitigen Außenministers F. Dragoumis) sowie zu seiner organisatorischen Angliederung an die EMS siehe die Korrespondenz Dragoumis' mit Panagiotis Stamos, in: GV AFD, Dossier 104.8/Nr.274; vgl. auch Logodosia-EMS, in: *Makedonika. Syngramma Periodikon tis EMS*, Bd. 15. (1975), S. 431-438, hier: S. 431f.

9 Zu den ursprünglich nur makedonisch-propagandistischen Zielsetzungen des IBS siehe das Memorandum des Gedanken-Initiators für die Gründung der entsprechenden Institution und zugleich ihres ersten Sekretärs Naltsas, Christoforos, *Ypomnima peri tou tropou antimetopiseos tis slavikis propagandas*, o. O. 1950; vgl. diesbezüglich auch die offenkundigen Erklärungen des Präsidenten Stilponas Kyriakidis und des Generalsekretärs Alexandros Letsas des Mutterunternehmens EMS, in: *Makedonika. Syngramma Periodikon tis EMS*, Bd. 3. (1953-1955), S. 475 ff; vgl. außerdem Geniki syneleusis ton etairon-EMS, in: Ebd., Bd. 5 (1961-1963), S. 603f.

Nordgriechen/innen mittels zwei „gewählter Ruhmesblätter“ (Vamik Volkan) der hellenischen Nation erfolgen, und zwar Alexander des Großen einerseits, des antibulgarischen Makedonischen Kampfes der Griechen von 1904-1908 im noch osmanischen Makedonien andererseits.

Gleichfalls sensibilisiert, was die Propagierung der Hellenizität Makedonien sowie den Anti-Makedonismus betrifft, zeigten sich die in Nordamerika und Australien lebenden Griechen, und besonders diejenigen, die aus den griechischen Regionen Makedoniens stammten. Nicht zu übersehen ist, dass die noch während des griechischen Bürgerkriegs (1947) erfolgte Gründung der mittlerweile weltberühmten und mitgliedsstärksten Vereinigung der Auslands Griechen, nämlich der Panmakedonischen Union (PE), in unmittelbarer Verbindung zur Makedonischen Frage stand.¹⁰ Noch beachtungswerter ist allerdings die Tatsache, dass die Institutionen sowie die Personen, die sich für die Bekämpfung der „slawokommunistischen Propaganda“ bzw. des Makedonismus engagierten, eng untereinander vernetzt waren und sich in ständiger Kommunikation befanden. Besprechungen zwischen der EMS in Thessaloniki und der PE hinsichtlich einer erweiterten Zusammenarbeit im Bereich der Aufklärung der nordamerikanischen Öffentlichkeit in Sache Makedonische Frage fanden bereits 1950 statt. Die Verhandlungen, die sich langwierig und oft als problematisch erwiesen, kamen 1955 zu einem erfolgreichen Abschluss. Demzufolge übernahm die PE auch die Aufgabe, den Umlauf sowie die Zustellung der propagandistischen Veröffentlichungen der EMS, und ihrer Filiale, des IBS, in Nordamerika zu übernehmen.¹¹

Trotz der Errichtung dieses griechischen Propagandamechanismus zeigte man sich in Athen nach Ende des Bürgerkriegs und, auf Druck der USA, bereit, die diplomatischen Beziehungen zum Moskau-feindlichen Jugoslawien wieder aufzunehmen; vorausgesetzt Belgrad würde das Problem der makedonischen Minderheit gegenüber Griechenland nicht mehr thematisieren. Die Ausgangslage für eine griechisch-jugoslawische Annäherung war günstig. Bereits seit Mitte 1948, als Jugoslawien aus dem Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) ausgeschlossen wurde, hatte die Belgrader Führung ihren ehrgeizigen Plan, ein Großmakedonien innerhalb der jugoslawischen Föderation zu realisieren, aufgegeben. Die sowjetische Bedrohung, die seit 1949 auch durch bulgarische sowie griechisch-kommunistische Destabilisierungsversuche im jugoslawischen Makedonien zum Ausdruck kam, veranlasste Tito, finanzielle sowie militärpolitische Unterstützung im Westen zu suchen. Statt expansionistischer Aspirationen gegenüber den „faschistischen Nachbarstaaten“ war nun innenpolitische und territoriale Konsolidierung angesagt. Demgemäß, und nach wiederholten angloamerikanischen Aufforderungen, gab Tito ab Ende 1950 seine rhetorische Aggressivität gegenüber Griechenland auf und legte das Thema der Existenz und Anerkennung einer in Griechenland ansässigen makedonischen Minderheit vorerst auf Eis. Dieser neuen politischen Zielvorstellung Jugoslawiens musste sich ebenso - wenn auch sehr ungerne - die makedonische Führung in Skopje unterordnen.

Das Totschweigen des Makedoniendisputes zum einen sowie das gemeinsame Empfinden, von dem Warschauer Pakt bedroht zu werden, waren die entscheidenden

¹⁰ Siehe dazu Giannis Tozis pros F. Dragoumi, Nea Yorki. Iounios 1955, in: GV AFD, Dossier 104.8/Nr. 211.

¹¹ Vgl. diesbezüglich die Rede des Mitte der 1950er Jahre als Direktor des griechischen Büros für Aufklärung sowie als Präsident der PE tätigen Ilias Gagalis während des 9. PE-Kongresses in New York, in: Skitsa apo to enato synedrio tis Pammakedonikis Enoseos b', *Atlantis*, 13.7.1955.

Parameter für die rasante Zunahme der griechisch-jugoslawischen Beziehungen zwischen 1950 und 1960. Die politische, ökonomische und militärische Annäherung der beiden Länder kam hauptsächlich durch die Unterzeichnung von bilateralen Abkommen sowie offiziellen Staatsbesuchen zum Ausdruck. Im Februar 1953 schlossen sogar Griechenland, Jugoslawien und die Türkei ein Abkommen für Freundschaft und Zusammenarbeit auf dem Balkan ab, das 1954 durch eine militärische Allianz ergänzt wurde.

Da Griechenland und Jugoslawien Ende 1950 keine endgültige Vereinbarung bezüglich der Makedonienproblematik treffen konnten, sondern das strittige Thema „eingefroren“ hatten, war eine Wiederkehr der Makedonischen Frage nicht auszuschließen. Es hätte eigentlich nur das Bindungsglied, das die griechisch-jugoslawischen Beziehungen im wesentlichen zusammenhielt, nämlich die gemeinsame Vorstellung der sowjetischen Bedrohung, zusammenbrechen müssen. Tatsächlich fand nach dem Tod Stalins 1953 und der Machtübernahme von Nikita Chruschtschow eine durch viele Schwankungen gekennzeichnete Annäherung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien statt, die in der ersten Hälfte der 1960er Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Die halbwegs erfolgte Normalisierung des sowjetisch-jugoslawischen Verhältnisses gab Belgrad und Skopje den erforderlichen Rückhalt, die fast ein Jahrzehnt verschwiegene Thematik des Vorhandenseins einer makedonischen Minderheit in Nordgriechenland erneut in den Vordergrund der griechisch-jugoslawischen Beziehungen zu stellen. Das Ergebnis war eine Krise zwischen beiden Ländern, die genau ein Jahr anhielt – nämlich von Dezember 1961 bis Dezember 1962. Sie endete mit dem so genannten *Gentlemen's Agreement*, das von dem griechischen Außenminister Averof und seinem jugoslawischen Kollegen Popović anfangs Dezember 1962 getroffen wurde. Darin wurde erneut ein Schweigepakt in Bezug auf die Makedonienproblematik beschlossen, indem beide Parteien vereinbart hatten, sich nicht gegenseitig – zumindest öffentlich – mit diesem Thema zu beschäftigen: Während Jugoslawien und ihre Teilrepublik Makedonien auf Äußerungen hinsichtlich einer in Nordgriechenland unterdrückten makedonischen Minderheit verzichten würden, sollte Griechenland seine propagandistische Polemik gegen den „makedonischen Pseudostaat“ einstellen und seine Existenz als „eine innere Angelegenheit Jugoslawiens“ de facto akzeptieren.

Abgesehen von einigen kurz anhaltenden Streitigkeiten rhetorischer Art, die sich vorwiegend auf die Bestätigung der unveränderten Position beider Parteien hinsichtlich der Makedonienproblematik beschränkten, wurde das *Gentlemen's Agreement* zwischen Belgrad und Athen bis zum Auseinanderfallen Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre eingehalten. Auch wenn Tito und seine Nachfolger in ihren Gesprächen mit der politischen Führung Griechenlands die makedonische Minderheitenproblematik immer wieder angesprochen hatten, verzichteten beide Seiten auf eine Eskalierung des Konflikts und hielten die Kontroverse hinter verschlossenen Türen.¹² In der Sozialistischen Teilrepublik Makedonien dagegen zeichnete man sich all diese Jahre durch den Willen aus, das Problem der makedonischen Minderheit gegenüber Griechenland genau so intensiv zu thematisieren wie man es hin und wieder gegenüber Bulgarien tat. Als Tito noch lebte wurde in der Regel den makedonischen Politikern in Skopje und ihren Presseorga-

12 Zu den jugoslawischen Bemühungen, das Problem der Anerkennung einer makedonischen Minderheit während der griechisch-jugoslawischen Treffen zu thematisieren, siehe Idryma Konstantinos G. Karamanlis (Hg), Konstantinos Karamanlis. Archeio, gegonota kai keimena, Bd. 9 (Anastilosi tis dimokratias 1974-1977), Athina 2005, S. 219; ebd., Bd. 12A (I periodos tis syngatoikisis), S. 61.

nen der entsprechende Freiraum gegeben bzw. entzogen, je nach dem Stand der Beziehungen Jugoslawiens zur UdSSR. Dies bedeutete im Allgemeinen eine sporadische und in ihrer Ausdrucksweise eher vorsichtige Thematisierung der makedonischen Minderheitenproblematik gegenüber Griechenland.

Nach dem Tod des jugoslawischen Führers (1980) und infolge der weitgehenden Dezentralisierung der jugoslawischen Föderation hatten die Machthaber in der makedonischen Republik erstmals mehr Möglichkeiten, ihre eigene Stimme gegenüber Griechenland zu erheben, ohne durch die Zensur aus Belgrad daran gehindert werden zu können. Die makedonischen Aufrufe der 1980er Jahre wurden von der politischen Klasse Griechenlands wohl zur Kenntnis genommen, dennoch hatte man in Athen die Gewissheit, dass diese nicht die Unterstützung der Zentralregierung Belgrads genießen würden und somit ein „vorübergehendes“ Phänomen seien. Vor allem aber wurde die Sicherheitsplanung Griechenlands nach der türkischen Invasion in Zypern (1974) durch die so genannte Doktrin „Gefahr aus dem Osten“ monopolisiert, sodass die politischen Entwicklungen jenseits der nördlichen Grenze seitens Athens nicht allzu viel Aufmerksamkeit bekamen.

Anfang der 1990er Jahre, und durch das Zusammenbrechen der bipolaren Welt- bzw. Balkanordnung, wurden in Griechenland Gespenster aus der älteren und jüngeren Vergangenheit wachgerufen. Die traumatischen Erinnerungen des Hellenismus an den griechischen Bürgerkrieg wie auch an die Zypern-Tragödie trafen sich nun zusammen und führten dazu, dass man in der politischen Öffentlichkeit des Landes von *worst-case*-Szenarien ausging; so etwa die Vorstellung Karamanlis' und anderer Akteure, das nahezu militärisch abgerüstete und von vielen ethnopolitischen sowie wirtschaftlichen Problemen geplagte Makedonien sowie die in Nordgriechenland ansässige slawophone Minderheit könnten in absehbarer Zeit von dem türkischen Erzfeind gegen Griechenland instrumentalisiert werden – entweder auf die Art und Weise, wie es schon mal durch Tito geschah oder eben, wie 1974, als die Türkei die Minderheitenproblematik in Zypern nutzte, um einen großen Teil der Insel militärisch zu besetzen.

Literaturhinweise:

- Kofos, Evangelos, The Impact of the Macedonian Question on Civil Conflict in Greece 1943-1949. In: www.macedonian-heritage.gr/downloads/library/Kofos02.pdf (28.1.2007).
- Kontis, Vasilis; Sfetis, Spyridon (Hgg.), Emfylis Polemos. Engrafa apo ta gioungoslavika kai voulgarika archeia, Thessaloniki 1999.
- Rossos, Andrew, Incompatible Allies: Communism and Macedonian Nationalism in the Civil War in Greece 1943-1949, in: *The Journal of Modern History*, Vol. 69, No. 1 (März 1997), S. 42-76.
- Troebst, Stefan, Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der revolutionären Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893-2001. Ausgewählte Aufsätze, München 2007.
- Valten, Sotiris, Ellada-Gioungoslavia. Gennisi kai ekseliksi mias krisis, Athen 1991.

Skordos, Adamantios: Griechenland und die Republik Makedonien. Traumatische Erinnerungen, Geschichtspolitik und realpolitische Kompromisse im Südosteuropa des Kal-

ten Krieges. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=231>.

Dieser Essay bezieht sich auf folgende Quelle: Brief des Präsidenten der griechischen Republik K. Karamanlis an den Ministerpräsidenten Italiens G. Andreotti über die Republik Skopje (21. Januar 1992). In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=232>.